



Autor: Anne Lena Mösken
Seite: 3 bis 3
Ressort: SEITE 3

Rubrik: SEITE 3
Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 1/2021

² AGMA ma 2021 Tageszeitungen

Jahrgang: 2021
Nummer: 0
Auflage: 57.334 (gedruckt) ¹ 81.613 (verkauft) ¹
 82.579 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,278 (in Mio.) ²

Kampf gegen Giganten

Die EU-Digitalkommissarin Margrethe Vestager hat mit dem Digital Markets Act so etwas wie ein Grundgesetz für das Internet auf den Weg gebracht. Kann sie damit die Macht von Google und Co. brechen?

Die Frau, von der es heißt, sie sei Googles schlimmster Albtraum, steht gut gelaunt am Rednerpult im Senatssaal der Humboldt-Universität, vor ihr sitzen eine Handvoll Professoren, ein paar Dutzend Studenten. Margrethe Vestager, Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission, außerdem EU-Kommissarin für Wettbewerb und für Digitales, ist eingeladen, über Europa zu sprechen. Sie ist bereits am Ende ihrer Rede angelangt, als sie einen dieser Sätze sagt, die ahnen lassen, warum sie als eine der mächtigsten Frauen Europas gilt, als Peinigerin der großen Technologie-Konzerne, als „Drachentöterin“.

„Nicht die größten Plattformen entscheiden über die Spielregeln in unserer Demokratie“, sagt Vestager, „sondern diejenigen, die wir gewählt haben, müssen die Kontrolle übernehmen und darüber entscheiden, wie gespielt wird.“

In den vergangenen Jahren hat Margrethe Vestager, 53, immer wieder für Schlagzeilen gesorgt: Sie verhängte dreimal Rekordstrafen in Milliardenhöhe gegen Google, weil das Unternehmen gegen Wettbewerbsregeln verstoßen hatte; von Apple verlangte sie eine Steuernachzahlung von 13 Milliarden Euro, Amazon verklagte sie wegen Verstoß gegen das europäische Kartellrecht. Insgesamt hat sie in den ersten fünf Jahren ihrer Amtszeit doppelt so viel Bußgeld eingesammelt wie ihr Vorgänger. Ihren größten Schlag aber führt sie gerade relativ unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit aus. Im Dezember vergangenen Jahres stellte Vestager den Vorschlag der Kommission für ein europäisches Gesetzespaket zur Regulierung des digitalen Raums vor.

Ein ungleiches Wettrennen

Seitdem geht das Gesetz den Weg durch die Mühlen der EU, das Parlament und die Mitgliedstaaten müssen sich auf eine Version einigen. Was da gerade entsteht, könnte so etwas wie ein neues Internet-Grundgesetz für Europa werden. So fundamental, dass Vestager es mit der Einführung von Verkehrsregeln vergleicht. Zumindest ist es die größte europäische Gesetzesinitiative fürs Digitale seit zwanzig Jahren.

Dass sie überfällig ist, zeigen gerade wieder die Facebook-Papers, die von der ehemaligen Mitarbeiterin Frances Haugen enthüllt wurden. Sie geben Einblicke in ein Unternehmen, das über den Gesetzen steht und in Zukunft plant, noch größer zu werden. Metaverse heißt die Offensive, die Mark Zuckerberg als Antwort auf die Kritik an seinem Unternehmen vorstellte, eine virtuelle Welt, mit der er noch mehr Nutzer gewinnen, noch mehr Profit generieren will.

Dagegen geht die EU jetzt vor. Es ist ein ungleiches Wettrennen: hier die Techkonzerne, die schnell handeln und ständig mit Neuem aufwarten, da der europäische Apparat mit seinen zähen demokratischen Prozessen.

„Wie wollen wir die demokratische Aufsicht wieder herstellen?“, hat Vestager am Montag zu Beginn ihrer Rede an der Humboldt-Universität gefragt. „Wie können wir mit Gesetzen für die Demokratie kämpfen?“ Denn das ist es, was, so sieht es Vestager, gerade auf dem Spiel steht: die Demokratie. Ihre Antwort, die Antwort der Kommission, besteht aus zwei Teilen: dem Digital Services Act (Gesetz über digitale Dienstleistungen, kurz: DSA) und dem Digital Mar-

kets Act (Gesetz über digitale Märkte, kurz: DMA).

Der DSA soll zukünftig für mehr Transparenz im Netz sorgen: Welche Algorithmen stecken hinter dem, was ich zu sehen bekomme? Wie funktionieren sie? Warum werden mir gerade diese Anzeigen präsentiert? Nutzer sollen besser vor Hatespeech geschützt werden und gleichzeitig leichter anfechten können, wenn ihre Inhalte gesperrt werden.

Beim DMA geht es darum, für fairen Wettbewerb zu sorgen. Oder wie Vestager sagt: „Zur Demokratie gehört ein offener, lebhafter Markt.“ Ein Markt, der den Verbrauchern dient, ihnen erlaubt, freie Entscheidungen zu treffen. „Mit dem Erfolg kommt Größe, kommt Macht, kommt Verantwortung.“

Diese „Verantwortung“, wie Vestager es nennt, ist so etwas wie der zentrale Punkt des DMA. Es dreht die jetzige Situation, in der große Digitalkonzerne wie Google oder Apple gegen Wettbewerbsregeln verstoßen und dann in aufwendigen, langwierigen Prozessen erst mühsam zur Verantwortung gezogen werden müssen: Der DMA spricht von sogenannten Gatekeeper-Firmen; wer dazugehört muss sich automatisch an bestimmte Regeln halten, die festlegen, was diese Firmen machen dürfen und was nicht, eine Liste klarer Dos und Don'ts.

Diese Regeln beziehen sich auf den ersten Blick vor allem darauf, wie die Gatekeeper mit Konkurrenten umgehen und mit anderen, kleineren Firmen, die auf ihren Plattformen Produkte und Dienstleistungen anbieten. Sie müssten zum Beispiel ihr Anzeigengeschäft transparenter gestalten und dürften ihre

eigenen Angebote nicht mehr bevorzugt bewerben. Es gibt aber auch Regeln, die Verbraucher deutlich spüren würden. Zum Beispiel müsste es in Zukunft möglich sein, vorinstallierte Apps vom Smartphone zu entfernen. Außerdem sollen Unternehmen ihre Apps auch direkt anbieten können, nicht nur über Googles und Apples App-Stores.

Über den Gesetzesvorschlag, den Vestager Ende 2020 vorgestellt hat, muss jetzt das Europaparlament entscheiden. „Die Vision ist einfach“, sagt Andreas Schwab, als er in Brüssel via Zoom mit der Berliner Zeitung spricht. „Es geht darum, die digitalen Märkte unter den gleichen Prinzipien agieren zu lassen, wie wir das aus der analogen Welt kennen. Freiheit steht im Mittelpunkt unseres Wirtschaftssystems, aber: Die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten des einen finden da ihre Grenzen, wo die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten des anderen beginnen.“

Schwab leitet als Berichterstatter den Entscheidungsprozess des Parlaments. Anfang des Jahres hat er die Änderungsanträge der Parlamentarier eingesammelt, jetzt liegt hinter ihm ein 15 Zentimeter dicker Papierstapel, über mehr als 1000 Anträge sind zusammengekommen, Schwab, der für die CDU im Europaparlament sitzt, muss daraus jetzt eine Version bauen, die eine Mehrheit findet. Zu den umstrittensten Punkten gehört die Frage, wann ein Unternehmen überhaupt ein Gatekeeper ist. Der Vorschlag der Kommission sieht vor, dass ein Unternehmen einen Kernplattformservice in mindestens drei EU-Staaten anbietet, der mehr als 45 Millionen Nutzer im Monat aufweist und gleichzeitig über drei Jahre mehr als 6,5 Milliarden Euro Jahresumsatz macht oder einen Marktwert von 65 Milliarden Dollar hat. Diese Definition trifft derzeit auf zehn Unternehmen zu.

Andreas Schwab will diese Gruppe noch kleiner machen und die Schwelle für den Jahresumsatz auf zehn Milliarden Euro und die für den Marktwert auf hundert Milliarden Euro erhöhen. Damit würde der DMA dann nur noch für die großen Fünf gelten: Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft. Zusammengefasst mit einem eigenen Akronym: GAFAM. „Ich halte es für richtig, mit den Allergrößten anzufangen und dann zu schauen, was zu tun ist, um den Markt fair zu halten“, sagt Schwab.

Er wird für diese Position von anderen Parlamentariern kritisiert. Einer von ihnen ist der Linken-Politiker und

Schattenberichterstatter Martin Schirdewan: „Die Anzahl der Gatekeeper zu beschränken, halte ich für falsch“, sagt er. Es zeichnet sich ab, dass es einen Kompromiss geben wird, der unter Schwabs Vorschlag liegt, bei 80 Milliarden Euro etwa. Schirdewan hat selbst um die hundert Änderungsanträge eingereicht. Nur auf die großen Techfirmen abzielen, geht ihm nicht weit genug. „Es gibt auch andere Akteure, die auf dem Markt dominant sind und den fairen Wettbewerb behindern.“

Eines der Beispiele, die Schirdewan dann aufzählt, ist die Online-Reiseagentur Booking.com. Die fiele mit 5,8 Milliarden Euro Jahresumsatz nicht unter die jetzige Definition für einen Gatekeeper, habe aber de facto eine Monopolstellung am Markt. Ähnlich sieht die Situation bei Spotify oder Airbnb aus, die ebenfalls den Markt dominieren, aber zu klein sind, um als Gatekeeper zu gelten. „Was wir brauchen, ist eine Neuordnung des Binnenmarktes, die Monopolbildung unterbindet.“ Ein weiterer Kritikpunkt, den Schirdewan angebracht hat, betrifft einen Teil des Gesetzes, der weitreichende Folgen für Verbraucher haben könnte, die Interoperabilität. Damit ist gemeint, dass Nutzer über die Grenzen verschiedener Plattformen miteinander interagieren können – so wie wir SMS an Nummern von unterschiedlichen Telefonanbietern oder Mails zwischen E-Mail-Diensten verschicken können. „Wir brauchen größtmögliche Wahlfreiheit im Netz.“

Der Vorschlag der Kommission fordert bisher nur Interoperabilität für Nebendienste wie etwa beim Bezahlservice.

„Was wir gerne sehen würden, ist eine Interoperabilität im Kerngeschäft der großen Plattformen“, sagt Christoph Schmon von der Electronic Frontier Foundation (EFF), eine NGO, die sich für digitale Privatsphäre und Redefreiheit im Netz einsetzt und Anfang des Jahres ihr Feedback zum DMA bei der Kommission eingereicht hat. Damit ließe sich, so Schmon, der sogenannte Lock-in-Effekt auflösen: Wer beispielsweise sein Facebook-Konto schließt, lässt zwangsläufig alle seine Kontakte dort zurück; das Gleiche gilt für andere soziale Netzwerke und Messenger-Dienste.

„Interoperabilität würde den Nutzern ermöglichen, sich beispielsweise für den Anbieter mit den besten Privatsphäre-Standards zu entscheiden“, sagt Schmon. „Das würde eine Art von Wettbewerb fördern, der wirklich gut ist fürs

Internet.“

Die Frage ist, wie groß der Einfluss von NGOs wie EFF auf den Gesetzgebungsprozess ist. Im September veröffentlichte das Corporate Europe Observatory zusammen mit Lobbycontrol eine Studie, die zeigt: Von 271 Treffen, die Mitglieder der EU-Kommission in dieser Legislaturperiode, also seit Ende 2019, zum Thema DMA und DSA wahrnahmen, waren 202 Treffen mit Unternehmen und ihren Interessenverbänden.

Alle sind nervös

Die großen Technologiekonzerne haben dabei mehr Geld in Lobbyarbeit gesteckt als jede andere Branche. Google hat fast sechs Millionen Euro investiert, gefolgt von Facebook mit 5,5 Millionen Euro und Apple mit 3,5 Millionen Euro. Die Zahlen lassen ahnen, unter welchem Druck die EU-Politik steht – und wie nervös das Gesetzespaket die Techfirmen macht.

Allein konkurrierende App-Stores auf dem iPhone würden Apple finanziell empfindlich treffen. 2020 hat Apple in Europa mehr als 60 Millionen Euro Vermittlungsgebühr aus Verkäufen im App-Store eingenommen. Und natürlich warnt Apple vor diesem Schritt, seit der Gesetzesentwurf zur Diskussion steht. Was das DMA vorsieht, würde „die Sicherheit des iPhones zerstören“, sagte Apples CEO Tim Cook im Juni auf einer Tech-Konferenz in Frankreich. Margrethe Vestager kennt dieses Argument natürlich. Sie sagt, Sicherheit sollte nicht gegen fairen Wettbewerb ins Spiel gebracht werden. Sie bekommt Rückenwind von Gesetzgebern überall auf der Welt. Südkoreas Parlament hat gerade ein Gesetz erlassen, das Apple und Google zwingen soll, alternative Bezahldienste in ihren App-Stores zuzulassen, in den USA ist eine ähnliche Gesetzgebung auf dem Weg. Vestager arbeitet eng mit ihren amerikanischen Kollegen zusammen, im September gab sie eine gemeinsame Erklärung mit der stellvertretenden Generalstaatsanwältin der USA heraus: Man wolle sich gemeinsam für fairen Wettbewerb einsetzen und in Zukunft enger zusammenarbeiten, um gegen Kartelle vorzugehen. Nach ihrer Rede an der Humboldt-Universität steht Vestager am Rande der Bühne. „Meine US-Kollegen und ich haben in vielen Punkten dieselbe Ausrichtung“, sagt sie. „Es gibt jetzt die Einsicht, dass es legitim ist, dass die Demokratie jetzt handeln muss.“ Wobei es noch eine Weile dauern wird, bis das

neue Gesetzespaket in Kraft tritt: frühestens 2023.

Wörter: 1643

Urheberinformation: BLZ

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH